P r e s s e m i t t e i l u n g

**DKG zu Kabinettsbeschluss eines Gesetzentwurfs zur**

**Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität**

**Schutz der Helfer ist ein gutes politisches Signal**

Berlin, 19. Februar 2020 – Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) begrüßt die Pläne der Bundesregierung, auch das Personal in Notaufnahme und im Rettungsdienst besser vor Übergriffen zu schützen. Mit der gesetzlichen Änderung wird einer Situation Rechnung getragen, die für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer problematischer wird und für die Kliniken hoch belastend ist. Dies hatte auch das Krankenhausbarometer des Deutschen Krankenhausinstitutes (DKI) im vergangenen Jahr deutlich gezeigt. „Knapp 60 Prozent der Kliniken gaben an, dass die Anzahl der Übergriffe von Patienten, Angehörigen, Begleitern oder Besuchern in den letzten fünf Jahren gestiegen ist. Diese Zahlen machen sehr deutlich, dass hier gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht“, so DKG-Hauptgeschäftsführer Georg Baum.

Die Übergriffe beziehen sich auf alle Mitarbeitergruppen, am meisten auf den Pflegedienst. 32 Prozent der Kliniken gaben an, dass Übergriffe auf Pflegedienstmitarbeiter häufig stattfinden. „Das ist ein nicht hinnehmbarer Zustand. Als Krankenhäuser setzen wir alles um, was in unserer Macht steht, um Übergriffe zu verhindern und Mitarbeiter zu schützen. Der schärfere gesetzliche Rahmen ist ein gutes Zeichen. Gewalt gegen Mitarbeiter kann auf dieser Grundlage konsequent geahndet werden“, so Baum.

**Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)** ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.942 Krankenhäuser versorgen jährlich 19,4 Millionen stationäre Patienten und rund 20 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,2 Millionen Mitarbeitern. Bei 97 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.